

Bezugspreis:  
Inhalt: 20 Bll., monatl. 10.— Bll.  
K. ins Haus, norm. Jahrb. 10.— Bll.  
Monatlich 10.— Bll., zzgl. Post-  
gebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16.70 Bll.,  
das übrige Ausland bei täglich  
einmal. Postzahlung 21.50 Bll. Post-  
Konten nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,  
Niederlande, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz. — Eingetragen in  
die Post-Verordnungs-Verzeichnisse  
des Reichsministeriums für Post-  
und Fernmeldewesen. — „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
ausgabe „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-  
weise zweimal. Sonntags und Monats-  
ausgabe einmal.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:  
Die achtspaltige Normzeile  
zählt 10.— Bll. Anzeigenaufschlag 50%  
„Kleine Anzeigen“, das ist  
jedes gedruckte Wort 1.— Bll. (zählend zwei  
Zeichen) jedes weitere  
Wort 50 Pfg. Stellengeld und  
Schließelanzahlung des ersten Wort  
25 Pfg. jedes weitere Wort 10 Pfg.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Anzeigenaufschlag 50%  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
jeils 1.— Bll. politische und er-  
werbsmäßige Zeitschriften-Anzeigen  
1.— Bll. die Zeile ohne Aufschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gestrichel  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Daktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 17. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

## Simons an Lloyd George.

London, 16. Juli. (Telunion.) Simons hat Lloyd George  
sichtlich einen Brief geschrieben, in dem er die Hoffnung aus-  
drückt, daß die Deutschen unterzogen werden würden, so daß sie die  
Bedingungen der Alliierten annehmen könnten. Als Simons am  
Mittwoch Lloyd George besuchte, sagte letzterer: „Wenn ich  
nirgendwo ein Staatsmann wäre, so würde ich das  
Risiko der Annahme auf mich nehmen.“ Simons  
schickte in seinem Briefe an Lloyd George: „Ich habe, wie Sie  
geraten haben, das Risiko übernommen, hoffe aber, daß Sie  
ihnen helfen werden; vor allem dadurch, daß Deutschland den  
Preisunterschied zwischen Sehepreisen und Ausfuhrpreis be-  
zogen erhält, ferner durch eine laizale Regelung bezüglich der  
Hilfskreditverteilung und drittens dadurch, daß un-  
gerechte Vergünstigungen gegen die dauernde Bedrohung mit  
seiner Einfall verschafft werden, wenn wir einmal mit  
einen Lieferungen im Rückstand sind. Das sind keine Bedingun-  
gen, sondern Neugierigkeiten unserer Erwartungen.“ Kurz nachdem  
Lloyd George den Alliierten mitgeteilt hatten, daß sie die Ver-  
träge der Alliierten annehmen, hat ein Berichterstatter den  
Reichsminister Simons interviewt. Dieser führte aus: Ich habe  
alles getan, was möglich ist, und ich hoffe aufrichtig, daß das  
kommen, was dem ich strebe, zustande kommen wird. Aber  
in die Marschälle Koch und Wilson eine Invasion haben wollen,  
sollen sie diese nur haben. Ich kann nicht weiter gehen.“ Zum  
Schluß erklärte Simons: „Die Haltung Millerauds und Lloyd  
George läßt mich hoffen, daß unsere Bedingungen angenommen  
werden.“

### Die Schlussitzung in Spa.

Spa, 16. Juli. (WZ.) Die heutige Schlussitzung fand  
16 Uhr nachmittags im Schloß de la Princesse statt. Von der  
deutschen Delegation waren Reichsminister Fehrenbach, Reichs-  
minister Dr. Simons und der bayerische Staatsrat Dr. von  
Eindl anwesend.  
Reichsminister Dr. Simons machte sofort Mitteilung, daß  
deutsche Regierung die gestrigen Vorschläge in der Kohlenfrage  
geändert habe und in drei Punkten Einwen-  
dungen mache, in der Finanzfrage, in der oberschlesischen Frage  
in der Besetzungfrage. In der Finanzfrage wünscht  
Deutschland, daß die angebotene Prämie von 5 Gold-Mark für die  
eine und der Vorschlag, der aus der Differenz zwischen deutschem  
Kohlenpreis und Weltmarktpreis für die Kohlenlieferung berech-  
net werde, nicht nur für die über Land gelieferte Kohle, son-  
dern auch für die über See gelieferte bewilligt werde. In der  
erschlesischen Frage besteht die deutsche Regierung auf  
kanonischen, die ihr diese Lieferung mit Ostlohe für den Fall von  
Kriegszeiten im Ruhrgebiet sichern. Zu § 7 (Einmarsch-  
klausel) konnte die deutsche Regierung ohne vorherige Zustim-  
mung der gesetzgebenden Körperschaften ihre Zustimmung nicht  
geben. Sie schlägt deshalb eine solche Fassung vor, daß diese  
nicht nur eine Ausübung der im Annex II §§ 17 und 18 für  
den Fall vorläufiger Verletzung der Reparationslieferung dar-  
zustellenden Bestrafung sei.

Die Alliierten zogen sich zu einer langen Beratung  
und teilten schließlich mit, daß die deutschen Forderungen  
nicht angenommen werden könnten. Bei den über See ge-  
lieferten Kohlen sei ein Vorschlag und eine Prämie deshalb un-  
möglich, weil Deutschland diese Kohle zum Weltmarktpreise  
Reparationskonto gutgeschrieben würde, eine Vergütung über  
den Preis aber nicht möglich sei. In der oberschlesischen Frage  
erklären die Alliierten, daß sie dieselben Absichten hätten  
wie die deutsche Regierung. Sie könnten zwar die Beschlüsse der  
gesetzlichen Kommission nicht vorher bestimmen, sie würden aber  
Vertreter in der Kommission in dem eben erwähnten Sinne  
kürzeln. Bei dem § 7 (Einmarschklausel) sei eine Abänderung  
möglich. Nach Besprechung mit dem Reichsminister erklärte Mi-  
nister Dr. Simons, er bitte um eine Unterbrechung der  
Sitzung, da die deutsche Delegation sich beraten müsse.  
In dieser Beratung wurden Reichsminister Birck, Dr.  
Krause und Dr. Schulz und die Staatssekretäre Albert  
Bergmann und Müller eiligst hinzugerufen. Es fand  
eine Kabinettsitzung statt, die nach eingehender  
Besprechung zu dem Ergebnis kam, an folgenden zwei Punkten  
zustimmen: 1. daß in der oberschlesischen Frage eine Zusage in  
dem von Lloyd George geäußerten Sinne erfolge; 2. daß der § 7  
des Vertrages wegfalle.

Die Beschlüsse wurden von der Mehrheit des Kabinetts  
gebilligt, da man die weltgeschichtlichen Fortschritte der Be-  
setzung von Spa nicht an der Finanzfrage scheitern lassen wollte.  
In der oberschlesischen Frage erklärten die Alliierten, daß der  
deutschen Regierung nach Schluß der Sitzung ein beglaubig-  
tes Auszug aus dem amtlichen Sitzungsprotokoll  
in den Erklärungen des Herrn Lloyd George übergeben werden  
würde, wodurch die deutschen Bedenken wohl gelöst seien. Hin-  
sichtlich des § 7 schienen sie jedoch keine Nachgiebigkeit zu zeigen,  
obwohl man es immer und immer wieder, durch die militä-  
rischen Drohungen die deutsche Unterschrift zu erzwingen.

Die Vollziehung trat dann wieder zusammen, und es  
sprach nacheinander Ministerpräsident Millerand, Premier-  
minister Lloyd George, Außenminister Graf Storjo und Reichsminister  
Eindl.

Ministerpräsident Millerand erklärte, die deutsche Regie-  
rung habe anscheinend noch immer nicht verstanden, daß es der un-  
denkbarste Wille Frankreichs sei, die Erfüllung des Friedensver-  
trages unter allen Umständen sicherzustellen.

Premierminister Lloyd George erklärte, er begreife nicht  
den deutschen Widerstand gegen die Unterzeichnung der Einmarsch-  
klausel. Er könne nur annehmen, daß die deutsche Regierung hier  
unter Einflüssen von außen stehe; ja es seien anscheinend  
Bestrebungen von deutscher Seite im Gange gewesen, denen an  
einer Befestigung des Ruhrgebietes durch die Alliierten gelegen sei.

Reichsminister Dr. Simons erwiderte in einer längeren  
Rede. Er betonte mit der größten Entschiedenheit den festen  
Willen der deutschen Regierung, den Friedensvertrag zur Aus-  
führung zu bringen. Deutschland wisse wohl, daß die Gegner die  
Macht hätten, die Durchführung des Vertrages zu erzwingen.  
Um so weniger verstehe man deutscherseits die Drohung der mili-  
tärlichen Maßnahmen. Die deutsche Regierung kenne keine Ein-  
flüsse von außen, außer einem; der sei die deutsche öffent-  
liche Meinung. Jeder neue Fall, in dem man die deutsche  
Regierung unter Drohung mit militärischen Zwangsmahnahmen  
zu einer Unterschrift zwinge, mache ihr die Unterschrift für die  
nächste Mal schwerer.

Ministerpräsident Delacroix machte darauf den Vorschlag,  
die Reparationsfrage nicht mehr zu beraten, sondern sie auf einer  
neuen Konferenz, die in einigen Wochen in Genf zusam-  
mentreten soll, zu regeln. Der Vorschlag wurde angenommen.

Ministerpräsident Delacroix schloß darauf mit einer längeren  
Rede die Konferenz.

Kurz nach 8 Uhr fand dann die Unterzeichnung des  
Protokolls in der Kohlenfrage statt. Für die deutsche Regie-  
rung leisteten Reichsminister Fehrenbach und Reichsminister  
Dr. Simons die Unterschrift mit dem Hinzufügen der in solchen  
Fällen üblichen diplomatischen Formel wegen der Einmarschklausel  
des § 7: „sans réserve de l'article sept“.

Spa, 17. Juli. Die deutsche Delegation verläßt heute  
nachmittags Spa mit Sonderzug. Sie wird am Sonntag Vor-  
mittag in Berlin eintreffen.

### Die Finanzkonferenz erst im September.

Spa, 17. Juli. Wie der Sonderberichterstatter der „Agence  
Havas“ berichtet, hat die Konferenz an den Generalsekretär des  
Völkerbundes in London folgendes Telegramm gerichtet:

In Anbetracht der in London im Februar getroffenen Ent-  
scheidung, durch die der Völkerbundrat die internationale Finanz-  
konferenz nach Brüssel einberufen hat und unter Berücksichtigung  
der Tatsache, daß die genannte Konferenz nicht alle notwendigen  
Voraussetzungen erfüllt, um zu dem Ergebnis zu gelangen, zu  
dem sie einberufen ist, bittet die Konferenz von Spa den Völker-  
bund, die Berufung zu der genannten Konferenz auf ein Da-  
tum nach dem 15. September zu verschieben.

### Genf nicht Genf!

Die Fortsetzung der Konferenz von Spa, wobei die Wieder-  
gutmachungsfrage besprochen werden soll, soll nicht in Genf, son-  
dern in Genf stattfinden.

### Der Kampf um die Türkei.

Amsterdam, 17. Juli. „Times“ meldet aus Konstantinopel,  
der Großbesieger wurde am 14. dieses Monats nach seiner  
Rückkehr mit der türkischen Friedensdelegation aus Paris vom  
Sultan in Audienz empfangen. Später empfing der  
Sultan auch die anderen Delegierten. Die meisten Mit-  
glieder der Delegation sprachen die Ansicht aus, daß die  
Türkei durch eine Verweigerung der Unterzeichnung des  
Friedensvertrages nichts gewinnen könne, sondern nur Gefahr  
laufen würde, auch Konstantinopel zu verlieren. Ein  
Kronrat, der aus Ministern, Senatoren, Notabeln und reli-  
giösen Würdenträgern zusammengesetzt ist, wird möglicherweise am  
Sonnabend oder Montag zusammenkommen, um darüber zu be-  
schließen, ob die türkische Delegation den Vertrag unterzeichnen soll  
oder nicht.

### Unruhen in Italien.

Mailand, 16. Juli. Die „Secolo“ aus Neapel berichtet, kam  
es in Anagni, wo die Textilarbeiter streiken, zu ersten Zu-  
sammenstößen. Die Streikenden verhinderten die aus Süd-  
italien angekommenen Arbeitswilligen, die Baumwollfabrik zu be-  
treten. Hierbei gab es mehrere Verletzte.  
In Mailand streikten seit gestern die Straßenbahner,  
um den ausständigen Angestellten der Nebenbahnen ihre Sympathie  
auszudrücken.

### Am Tage danach.

Die Nationalistenpresse aller Länder ist sich darin einig,  
das Verhalten der deutschen Delegation in Spa aufs schärfste  
zu verurteilen. „Glender Schacher!“ „Händlertricks!“ das  
sind die Schlagworte, die hüben und drüben erklingen, nur  
mit dem Unterschied, daß die nationalitische Presse in Deutsch-  
land meint, die deutsche Delegation hätte sich auf den Handel  
gar nicht erst einlassen sollen, während die von drüben tadelt,  
daß sie auf die zweimillionen-Tonnen-Forderung der Entente  
nicht sofort eingegangen ist.

Hüben wie dort so argumentiert: „Die deutsche Delegation  
hat diese Forderung als unerfüllbar bezeichnet, also mußte  
sie kommen, was da wollte, bei dem Unerfüllbar bleiben.“  
Drüben aber heißt es: „Die deutsche Delegation hat die For-  
derung erst für unerfüllbar erklärt und sie dann doch ange-  
nommen, also ist bewiesen, daß ihre erste Erklärung gar nicht  
ernst gemeint war.“

Beide Beweisführungen übersehen, daß erstens zwischen  
der Regierung und der Forderung der deutschen Delegation die  
brutale rechtswidrige Einmarschdrohung der Alliierten liegt,  
und daß zweitens diese Forderung an Bedingungen  
geknüpft wurde, die schließlich wenigstens teilweise ihre Er-  
füllung fanden. Die deutsche Delegation und die deutschen  
Sachverständigen haben zunächst ganz richtig ausgeführt, daß  
die bedingungslose Bewilligung der 2 Millionen Tonnen, wie  
sie ursprünglich verlangt war, Deutschland mit der schwersten  
Wirtschaftskatastrophe bedrohe und seine fernere Leistungsfähigkeit  
in Frage stelle. Dieses Urteil war genau so richtig,  
wie z. B. das eines Arztes, der einem kranken Soldaten be-  
stimmte, daß die Fortsetzung der militärischen Anstrengungen  
für ihn mit Lebensgefahr verbunden sei.

Da kam die Drohung mit dem Einmarsch ins  
Ruhrgebiet, die für die deutsche Wirtschaft ungefähr  
ebensoviel bedeutet wie für den Soldaten die Drohung mit  
dem sofortigen Erschossenwerden. Es ist keine Schande ein-  
zugestehen, daß Deutschland vor dieser Drohung zurück-  
gewichen ist. Die heldenhafte Pose alldeutscher Zeitungs-  
schreiber, die stets außerordentlich viel Mut für andere ge-  
habt haben, kann uns nicht imponieren. Wenn es die deut-  
schen Vertreter auf den Einmarsch ankommen lassen, riskierten  
sie für sich sehr wenig, aber für andere sehr viel. Wir  
können sie nicht tadeln, weil sie dieses Risiko diesmal noch  
nicht auf sich nehmen zu können glaubten.

Wenn nun die Nationalistenpresse von jenseits über das  
Zurückweichen Deutschlands triumphiert, und nun den Be-  
weis dafür erbracht sieht, daß man diesen hartnäckigen Stun-  
den nur mit dem vorgehaltenen Revolver zur  
Raison bringen könne, so beweist sie damit nur, daß chauvi-  
nistische Brutalität keine nationale Eigenart, sondern ein in  
allen Ländern gedeihendes Gewächs ist. Es ist ja zweifellos  
richtig, daß man einzelne Menschen wie ganze Völker durch  
Drohung mit körperlicher Gewalt zu Leistungen anspornen  
kann, die sie sonst nicht zu vollbringen imstande wären. Frag-  
lich ist nur, ob diese Methode mit den kostbarsten Werten der  
menschlichen Gesellschaft ungenutzbar, wirtschaftlich rationell  
ist und wie lange sie sich durchführen läßt.

Nachdem die Entscheidung nun unter solchen Umständen  
gefallen ist, hat Heulmeierei und Schwarzgeheul gar keinen  
Zweck. Wir haben gar kein Interesse daran, recht zu be-  
halten und zu demonstrieren, daß die Lieferung von zwei  
Millionen Tonnen Kohlen im Monat tatsächlich unseren Zu-  
sammenschluß herbeiführt. Erstens einmal enthält jede wirt-  
schaftliche Vorausschätzung so viel unsichere Faktoren, daß  
man sich auch irren kann, zweitens aber darf nicht übersehen  
werden, daß uns Bedingungen zugestanden worden sind,  
die die schnelle Erfüllung wenigstens um etwas erleichtern.

Die Beantwortung der Frage, ob unterzeichnet werden  
sollte oder nicht, hing von der Beurteilung der tati-  
schen Situation ab. Sie richtig zu beurteilen, waren  
die deutschen Vertreter in Spa besser imstande als ihre Kri-  
tiker daheim. Die Nichtunterzeichnung war eine letzte Karte,  
die nur gespielt werden durfte, wenn sie nach d. h. wenn sie  
zur Fortführung der Verhandlungen auf anderer Grundlage,  
nicht aber zur Befestigung des Ruhrreviers führte. Die deut-  
schen Vertreter in Spa waren von einem solchen Erfolg der  
Nichtunterzeichnung nicht, sie waren vielmehr von seinem  
Gegenteil überzeugt. Unter dieser Voraussetzung war ihr  
Verhalten richtig.

Es waren in erster Linie Arbeiterfragen, über  
die in Spa entschieden wurde, das zwingt uns zu sorgfältig-  
ster Kritik. Unter den deutschen Vertretern aber, bei denen  
die Entscheidung lag — Genosse Hue war nur als Sachver-  
ständiger zugezogen —, befanden sich diesmal keine So-  
zialdemokraten. Das sichert die volle Unbefangenheit  
unseres Urteils. Wenn wir zu dem Ergebnis gelangen, daß  
das Verhalten der deutschen Vertreter in der Kohlenfrage im  
großen und ganzen richtig war, so leitet uns dabei weder  
Liebe noch Haß.

Genau bedeutet die Entblößung des inneren Marktes von  
einigen hunderttausend Tonnen Kohlen monatlich mehr für  
die Arbeiter eine schwere Gefahr. Über die Abschätzung des  
Ruhrreviers vom übrigen deutschen Wirtschaftsgebiet hätte



für sie mehr als eine Gefahr bedeutet, für die Ruhrbergleute die Notwendigkeit schwerster opferwilliger Kämpfe, für die übrige Arbeiterklasse das Erliegen fast der gesamten Industrie.

Die Regierung, die das Kohlenabkommen von Spa unterzeichnete, besteht aus Zentrumsleuten, Demokraten und Deutschen Volksparteilern. Die Deutsche Volkspartei trägt für ihr Verhalten, das von unserem Standpunkt aus nicht zu tadeln ist, die Mitverantwortung, von der sie sich auch durch verspätete tollkühne Divergenzen nicht befreien könnte. Ein nachträglicher Rücktritt der volksparteilichen Minister, den manche nationalistische Heißsporne unter ihren Anhängern wünschen, wäre nichts anderes als eine vollendete Lächerlichkeit. Er würde nichts mehr an dem Beweise ändern, daß jede Regierung die Folgen des verlorenen Kriegs zu tragen gezwungen ist, und daß alles Gerede über die Sozialdemokraten, die wichtige nationale Interessen preisgebend, nichts anderes ist als eitel Schamfächererei.

Die Arbeiter aber können aus den Verhandlungen von Spa lernen, wie unberechtigt der von anderer Seite erhobene entgegengesetzte Vorwurf gegen den sogenannten „Sozialpatriotismus“ der deutschen Sozialdemokratie ist. Denn es ist ja ihre Haut, um die es sich in Spa gehandelt hat, um die es sich in Genf bei den Verhandlungen über die Wiedergutmachung und in allen ferneren Auseinandersetzungen über die Ausführung des Friedensvertrages handeln wird. Die arbeitende Bevölkerung bildet den größten Teil der Nation, arbeitende Bevölkerung und Nation lassen sich nicht voneinander trennen.

Diese Erkenntnis bedeutet keine Abwendung vom internationalen Geist des Sozialismus, sondern nur seine richtige Anwendung. Das arbeitende Volk Deutschlands ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur Menschheit, und es hat allen Grund, sich selber als solchen zu achten. Erst wenn es als solcher wieder allgemein anerkannt sein wird, wird die Grundlage für die unvermeidliche Revision des Friedens von Versailles gefunden sein. Dies allein aber ist's, wofür wir kämpfen.

### Die Aufnahme der Unterzeichnung. Pressestimmen über Spa.

Das Echo, das der Schlußakt von Spa in der Berliner Presse fand, ist nicht sehr lebhaft. Es zeigt sich, daß die Heimkrieger und Stammtischredner auch jetzt wieder das große Wort führen und der Welt beteuern, daß sie alles viel besser gemacht hätten. Die alldeutsch-antijemittische „Deutsche Zeitung“ schreibt:

Die Politik Erzbergers und Scheidemanns, des Waffenstillstands und des Versailler Friedens wird unverändert fortgesetzt.

Hierbei überfiel das Volk, daß nur diesmal die Deutsche Volkspartei, die ihm einst so nahe stand, an dem „Schändergeheimnis“ teilgenommen hat. An Stelle sachlicher Vorschläge erfolgen dann die faßsam bekannten hochmütigen Redensarten, hinter denen weniger als nichts steht:

Wir hätten also allen Grund, mit Holz erhobenen Haupte den Vertretern der Nationen gegenüberzutreten, die alle zusammengekommen sind, um nicht gewachsen zu sein; und wir sind auch heute noch eine Macht, nicht durch unsere Waffen, die sind uns zerbrochen, aber durch unsere Arbeitskraft, unsere Bodenschätze und unsere geistigen Kräfte, die unsere neidischen Nachbarn nicht vernichten können, ohne selbst daran zugrunde zu gehen.

Daß der Hunger zuletzt auch die geistigen Kräfte abtötet, das erkennt der Letztwilliger nicht, wohl deshalb, weil geistige Kräfte in der „Deutschen Zeitung“ überhaupt ein wenig geschätzter Gegenstand sind. Im übrigen lohnt es sich nicht, auf den von Beschränkungen gegen das deutsche Volk strotzenden Artikel weiter einzugehen.

Sehr diplomatisch verhält sich der schwerindustrielle „Total-Anzeiger“, der der Deutschen Volkspartei am nächsten steht, indem er ausführt:

Zweifellos werden sowohl Lloyd George als auch Millerand in ihren Londoner und Pariser Parlamenten

Karl angefeindet werden, ebenso wie die deutsche Delegation nach einer Auseinandersetzung mit dem Parlament haben wird. Vielleicht hat die Rücksicht auf eben diese parlamentarischen Gründe Millerands Haltung in der letzten Stunde der Konferenz bestimmt.

Ob das eine verheerende Drohung sein soll, ist nicht ganz klar. Jedenfalls ist es kein Geheimnis, daß die nicht in Spa anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei mit der Haltung ihrer Vertreter in der Regierung nicht ganz einverstanden sind.

Eine sehr vernünftige Abfuhr erteilt das „B. L.“ denen, die die Kapazitäten ebenso wie grünen Tische ausführen wollen, wie sie den Weltkrieg von dieser friedlichen Stelle aus „durchgehalten“ haben. Es schreibt:

Wir sind allerdings der Meinung, daß man die Dinge und die Entschickungen der deutschen Delegierten und besonders des Dr. Simons nicht von Berlin, nicht von Beobachtungs- zimmern aus genügend beurteilen kann. Der Minister des Auswärtigen hat jedoch Unmuth, Energie und Fähigkeit bewiesen, daß es nicht angeht, sein Verhalten abschällig zu kritisieren, ohne daß man die Informationen und Vollmachten kennt, die ihn und die Delegation bei den Entscheidungen geleitet haben.

Wang andere Töne schlägt die kommunistische „Rote Fahne“ an. Sie zeigt die Folgen, die das Kohlenabkommen haben wird, und leitet hieraus die düstersten Prophezeiungen für die deutsche Arbeiterklasse ab. Es ist ihr zugestimmt, daß sie nicht, wie die „Freiheit“ jeden etwas gelinde ausfallenden Pyrrhismus der Alliierten als Zeichen der beginnenden Völkerrechts- fähigkeit anerkennen begründet; die schroff ablehnende Haltung einer Verständigung mit Frankreich gegenüber ist jedoch am aller- wenigsten geeignet, für die deutsche Arbeiterklasse irgendwelche Vorteile mit sich zu bringen. Die chauvinistischen Töne der Kommunisten schaden dem Proletariat ebenso sehr wie die unserer Rechtssozialisten.

In einer Vorkant gegen die „Freiheit“ wird von der „Rote Fahne“ dieser Verrat an „wissenschaftlichen Marxismus“ vorgeworfen und auf die durch das Kohlenabkommen geschaffene „ver- vielfachte Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse zugunsten des deutschen wie des englischen und französischen Kapitals“ hin- gewiesen. Bekanntlich hat der Vertreter des schärfsten deutschen Kapitalstandpunktes, Herr Stinnes, bis zum letzten Augenblick die Unterzeichnung des Kohlenabkommens be- kämpft. Wenn dieses für das deutsche Kapital so vorteilhaft wäre, wie die „Rote Fahne“ behauptet, so hätte doch wohl der Vertreter der Arbeitgeberinteressen einen anderen Standpunkt eingenommen. Der „wissenschaftliche Marxismus“ verfährt die „Rote Fahne“ hier zu Behauptungen, die unhaltbar sind, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß es um den wissenschaftlichen Marxismus der „Rote Fahne“ nicht besser als um den der von ihr angegriffenen „Freiheit“ bestellt ist.

### Kautsky muß hinaus!

Differding und Crispian hinterdrein!

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in Fortsetzungen eine langatmige Denkschrift des Exekutivkomitees der dritten Internationalen, die den R.A.V.D.isten wieder den Kopf zurechtlegen soll. In der zuletzt veröffentlichten Fortsetzung heißt es:

Die „linken“ Theoretiker, vom Schloge, Boffheims und Kaufmanns ließen es, die deutschen kommunistischen Sozialisten lassen sie beschuldigen, daß sie eine Gemeinschaft mit der deutschen Unabhängigen Partei anstrebten. Untersuchungen über diese Angelegenheit. Aus dem Schreiben des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationalen an die Unabhängigen, das, hoffen wir es, auch Euch bekannt ist, müßt Ihr mit der Stellung bekannt sein, die wir zur Unabhängigen Partei Deutschlands einnehmen. Wir sind der Ansicht, daß die rechten Führer dieser Partei, die Herren Kautsky, Differding, Crispian und Compagnie objektive Vertreter der Arbeiterschaft und die besten Helfer der Bourgeoisie sind. Wir halten den Kampf mit diesen Führern der Unabhängigen für eine sehr dringende und unaufschiebbare Angelegenheit. Aber wir müssen gleichzeitig, und das wißt auch Ihr, daß Hunderttausende und Hundert-

tausende von Arbeitern, die noch in der Unabhängigen Partei sind und bleiben, unter anderem auch darum, weil die Reihen der deutschen Kommunisten gespalten sind, sich durch nichts von den ein- fachen kommunistischen Arbeitern unterscheiden. Diese Arbeiter, Mitglieder der Unabhängigen Partei, stehen offen und ehrlich zu der kommunistischen Internationalen und sind unsere Freunde von morgen.

Crispian hat eben erst im Namen des Exekutiv- komitees der U. S. P. jenen demütigen, schweigsamen Brief nach Moskau geschickt, der die gute Bestimmung seiner Partei im Sinne der Moskauer Nachthaber beweisen soll. Nicht nichts, es regnet weiter Ohrfeigen.

### Noch ein Abschiedsbrief.

Die Flucht aus der U. S. P.

Der Vorsitzende der Koblenzer Ortsgruppe der Un- abhängigen, Kühne, hat seinen Austritt aus der Un- abhängigen Partei erklärt. Seinen Schritt begründet er mit einer Zusage, die er unserem Koblenzer Parteiblatt zur Veröffentlichung überlieferte. In der Zusage heißt es u. a.:

Die Zustände innerhalb der Koblenzer Ortsgruppe der U. S. P. sind in den letzten Wochen so unhaltbar geworden, daß jeder Klassenbewusste Arbeiter sich mit Abscheu davon ab- wendet. Die „Verführer, der Diktatur des Proletariats“, wie sich die Spitzen des Vorstandes mit Vorliebe nennen, sind nicht im ge- ringsten fähig, diesem Phrasenwerk die wahre Deutung zu geben. Verwunderlich ist das nicht. Nurste ich doch gegen Vor- standsmittel, die vor kurzem noch Mitglieder einer gelben Gewerkschaft waren, entscheidende Front machen, als sie versuchen, eine kommunistische Ortsgruppe zu bilden. Der Ab- geordnete Fries (Köln) schweberte diesen Geistes, und mein Ver- such, die Genossen aus der Partei auszuschließen, scheiterte. Das war mir der Beweis, daß die Radikalisierung und wei- tere Linksschwenkung ins kommunistische Lager selbst von den „Oben“ ausgeht. Nicht sozialistische, son- dern kommunistische Politik ist das Erstreben der U. S. P. Und diese Bestrebungen bedeuten weitere Spaltungen in der Arbeit- schaft. Ich behaupte mit Recht, daß die Unabhängige sozialdemo- kratische Partei nicht den ersten Willen zur Einigung der Arbeiterschaft hat, da alle Einigungsversuche schon grundsätzlich an der Eitelkeit und dem persönlichen Egoismus der Führer scheitern.

Wenn wir dann auf Behauptungen verschiedener unabhängiger Führer zurückgreifen — (Breitscheid: „In Kürze werden wir vor der Kommandogewalt stehen, die Bügel in der Regierung mit zu ergreifen, und die Stunde der Tot soll die Arbeiterschaft geeint finden!“) —, so stehen sie im direkten Gegensatz ihrer heutigen Taten bei der Regierungsbildung. Das ist Verrat an der Ar- beiterklasse. Nicht Phrasenpolitik! und negierende Kritik sind die Aufgaben einer erkämpften Partei, sondern Wirk- lichkeitspolitik, Festigung und Erweiterung der sozialen Ertragenschaften müßte die Verantwortlichkeit der U. S. P. stärken.

Unter den Koblenzer U.S.P.-Genossen geht bereits die Ent- säufung ab dieser falschen Politik spazieren. Die Hoffnungen, die viele Wähler an die Friesliste banden, sind nicht erfüllt worden. Viele Parteigenossen haben mir offen und ehrlich ihren Mißmuth über die wenig verantwortungsvolle Haltung der Partei ausgedrückt.

Nach Schröder, Kehrle und so vielen anderen, die in der Ansicht die U. S. P. verlassen, daß es so nicht weitergeht, folgt nunmehr auch der Koblenzer Kühne. So löst die Phrasenpolitik der Unabhängigen selbst Mitglieder ab, die in ihr bisher an hervorragender Stelle tätig waren. Wie viele andere Mitglieder aber mögen sich von dieser Partei enttäuscht abwenden, die nicht Abschiedsbriefe schreibt!

Die Verwirrung in der U. S. P. beweist mehr und mehr, daß die Einigung der Arbeiterklasse sich nur auf dem Boden der alten Sozialdemokratie vollziehen wird. In der Arbeiterschaft ist es, daß dieser Tag nicht mehr fern liegt.

### Steinach-Vision.

Diesmal war es Wahrscheinlich Professor Steinach hatte das Mittel erfunden, die alternde Menschheit zu verjüngen. Die eine große hoffnungsvolle Sonne ging sein Name über dem Abend der Menschheit auf.

Ein Reden bestand noch: Die Steinachkur war teuer und kompliziert. Nur sehr reiche Leute konnten sich sie leisten. Des- halb erging ein Gesetz, daß die Wunderkur des Professors Steinach auf Staatskosten zuerst an den hervorragendsten Männern der Nation, an Staatsmännern, Künstlern und Gelehrten, zu er- proben sei.

Einer der ersten aber, die an sich die Verjüngungsmethode des Professors Steinach anwandten, war Wilhelm, der einsame Mann von Doorn. Die zeitliche Aufzählung, die ihm die Preussische Landesversammlung nebst tausend Hibernen Lesern und zwei Tausend Hitzergütern bereitwillig nachsah, machte ihm die zehn Millionen, die als Honorar gefordert wurden, zur Bagatelle. Er ließ sich also bereitwillig . . . aber wir wollen hier nicht auf Details der merkwürdigen Wunderkur eingehen.

Kaum dem Operationsstapel entliegen, nahm Wilhelm sofort eine wunderbare Veränderung an sich wahr. Mit Jünglingskraft hügte er sich zunächst auf den Spalshäufen, der noch angefangen von seiner letzten Arbeit dalag, und hatte ihn in fünf Minuten zu Streichhölzern gehackt. Weit entfernt aber, hierdurch geschwächt zu sein, begann er sofort mit fürchterlicher Stimme und fasschem Reiches Reden zu dalien. Seine Umgebung hörte Worte wie: „gerühmte ich . . . Instrument des Himmels . . . von Gott gesandter Oberherr . . . auf Vater und Mutter schließen . . . usw.“ Ja, es war kein Zweifel, Wilhelm war wieder jung geworden, er hielt seine familiären Jugendreben mit gesteigelter Durchbarkeit.

In Deutschland begann man die Gefahr einer monarchischen Invasion durch den talentvollen Gewordenen zu fürchten. Aber auch in Holland fühlte man sich nicht mehr sicher, da Wilhelm vor täg- lich größer werdendem Publikum Brandreden hielt, in denen er sich als Admiral des Atlantischen Ozeans, Schutzherr aller Insel- marken, Herzog der Holländer usw. bezeichnete. Schließlich sagte die holländische Regierung einen Entschluß: Um den entsetzlichen Menschen loszuwerden, lieferte sie ihn an die Entente aus. Diese aber nahm an Wilhelm ein neues Verjüngungsexperiment vor, das indes nicht mißlang, weil der Patient nach geprüfter Operation starb. Die Entente hatte nämlich ausprobieren wollen, ob die Ver- jüngerung der Unsterblichkeit entgegenschlebe. Das hat sie nicht.

Deutschland hätte bei dieser Kunde aufgeatmet, wäre es nicht zu jenem Zeitpunkt von neuen entsetzlichen Sorgen ergriffen ge- worden.

Zugewandten hatten nämlich die Unabhängigen durch ungeheures Agitation einen Volksentscheid durchgeführt, daß als erster deutscher Staatsmann Georg Ledebour von Professor Steinach verjüngt wurde. Es geschah — und am nächsten Tage brach in Berlin ein Aufruhr von noch nicht dagewesenen Dimensionen aus. Wäh- rend die ganze Wilhelmstraße mit sämtlichen Regierungsgebäuden in Flammen aufging und Barrikadenkämpfe in sämtlichen Vor- städten tobten, sah man Georg Ledebour in schwarzfarbener Toga von der Siegestraße herab Ansprachen halten, die bis Roßbitt ge- hört wurden, dabei von so gottlästerlichem Inhalt, daß selbst Adolf Hoffmann sich bekreuzigte und der Sowjetabgeordnete Big- dor Kopp seine Koffer packte.

Auch die andern Parteien machten mit der Verjüngungskur ihrer Führer seltsame Erfahrungen. Ein Zentrumsmitglied von 78 Jahren wurde zum Jüngling, aber nur um sofort ins Lager der Volkswalzen überzugehen, und ein bekannter Führer der Rechten begab sich auf Professor Steinachs Klinik sofort nach dem Wittenbergplatz, wo er — ein teuflischer Jüngling — seinen Spa- zierstock gegen eitle Juden schwang.

Nicht besser verliefen die Verjüngungsexperimente in der Kunst. Ein paar weißbärtige Akademieprofessoren, die Jahr für Jahr die große Berliner Kunstausstellung mit patriotischen Schreien geschmückt hatten, gingen verjüngt spornreitend unter die Cyrcellisten und Futuristen. Professor Kämpf wandte sich den neuesten Methoden der Malerei zu; aus den verschiedenartigsten Materialien, aus Bleispiessen, Papiermühen, Göttemorden und Totenkopfen komponierte er ein Gemälde, das er „Deutschlands geistige Erhebung 1914“ nannte und dessen Ausstellung in der Ruhmeskammer des Zeughauses er durch den mittlerweile auch ver- jüngten Oberdirektor der „Kunstzeitung“, Tag für Tag kategorisch fordern ließ.

Natürlich war auch Herbert Hauptmann, der Stolz der deut- schen Literatur, einer der ersten, dem die Ehre der Verjüngung vom Volk bereitet wurde. Er bekannte sich sporadisch zum Da- daismus, trotzdem behaupteten berufene Kritiker, daß seine neuen Werke nur eine prolabiale Fortsetzung seines Altersflües dar- stellten.

Von den Russen wollen wir gar nicht reden, ihre Verjüngung machte sich bald so bemerkbar, daß Nischenanatorien in müster- freien Gegendern angelegt werden mußten.

Aber trotz dieser abschreckenden Erfolge ließ der Jubel der Verjüngung nicht nach, die verjüngt sein wollten. Nur ein hochgradiger Greis der hohen Aristokratie machte eine Ausnahme. Obwohl dieser Bedauernswerke mit allen Gebrechen des Alters gequält war, laut ärztlich Zeugnis seit dreizehn Jahren an Arterien- verkalkung, Hoden, Simons, Gallenleiste, Nierenleiden, Wasser- sucht und Gicht litt, erklärte er doch, sich in diesem Zustande wohl zu befinden. Bis im Parlament von der Einfüh-

rung eines Verjüngungszwanges nach Muster des Impf- zwanges die Rede war, trug er sich sogar mit Umwandlungs- plänen. Dieser Greis, der sich mit wahrer Inbrunst an die Ge- brechen des Alters klammerte, hieß Willi Eulenburg . . .

Mich. v. Lindenbuden.

Die künstlerische Gestaltung des Reichsadlers wird im zweiten Heft der „Mitteilungen des Reichsmünzrats“ besprochen. Der Standpunkt, der darin vertreten wird, weist das Rückstreifen auf alte Vorbilder und Stilformen ab. Sollte uns das Wappen wirklich Symbol werden, so müßte der Kunststimm zeitgenössischen Kunst- strebens seine Formen erfüllen, denn glauben könnte man nur an das, was Zukunftswillen in sich trägt.

Arbeiten sind seit Monaten im Gange, die für das Reichs- wappen eine Entwicklung vorbereiten wollen, die von der Norm eines „Barockstils“ weg zu Formen führt, die jeweils dem Ge- brauchswecke wie der Materialverwendung Rechnung tragen.

Die Schrift legt, durch Abbildungen erläuternd, die Entwürfe dar, die auf neuen Wegen der Wappengestaltung zuwege ge- treten ist. Sie zeigt sich nicht geneigt, zunächst von dem Mittel allgemeinen Weltbewusstseins Entscheidendes zu erwarten. Sie nennt das ein Arbeitswachen. Alles kommt an auf ein Zusammengehen mit einzelnen Künstlern und auf die Befruchtung der Aufgaben durch ihre Ideen.

Somit lasse sich schon heute erkennen, daß die Reichsregierung die Patriotenschaft für den deutschen Reichsadler dem Künstler übertragen habe. Zu Ende sei es mit dem System, das nur „All- demokratis“ als verwandbar ansah und demnach für öffentliche Kunstaufgaben nur Nachreter gebrauchte konnte.

Herzmann Hesse — Verfasser des „Demian“. Emil Einsteins „Demian“, die mit dem Preis der Akademie gekrönt, auch von uns feinerzeit gewürdigte Geschichte einer Jugend (E. Hesse, Verlag, Berlin), die jetzt bereits in 10. Auflage vorliegt, ist von Hermann Hesse geschrieben. Hesse hatte das Werkbühnen Einsteins gewollt, um das Buch nur durch sich selbst und nicht auch durch den Namen des Autors wirken zu lassen. Durch die Induktion einer Berliner Zeitung ist das Geheimnis dieser Werkbühnen jetzt an die Öffentlichkeit gelangt.

Der Maler Albert Keller, von Geburt ein Schweizer, ist im Wägen 78 Jahre alt geworden. Er war zweiter Präsident der Sezession. Seine Rückständigkeit schaltete ihn zuerst bei Venetia, in die Wege der großen Münchener realistischen Genievereine, hat gern bildliche und antike Stoffe für ihre Bilder gewählt und dieses Genre modern foto- graphisch weiterentwickelt.

Theater. Ein neues Lustspiel von Ludwig Fulda: „Das Wundermittel“, wurde vom Trianon-Theater zur Aufführung für die kommende Spielzeit erworben.

Erstaufführungen der Woche. Sonnt. Kleines Theater: „Die Kämpfer“. Das Wägenbrück-Gaus, das der Deutsche Schillerbund im Wägen mit dem Tode der Gattin des Dichters gescheitert ist, wird, wenn die Wägen der Verstorbenen mangelnd sein werden, ein Gaus für Christkatholiken werden. Bemerkungen und Anfragen sind aber gütig noch ganz verfehlt.



# Das Ende des pommerischen Ausstandes.

## Die Erklärung der Arbeitgeber.

Ueber die Beendigung des Landarbeiterstreiks im Kreise Köslin wird uns vom Deutschen Landarbeiterverband geschrieben:

Der am 17. Juni begonnene Landarbeiterstreik ist am Donnerstag, den 15. Juli durch fast einstimmigen Beschluß einer Kreisgeneralversammlung der Ortsgruppen des Deutschen Landarbeiterverbandes im Kreise Köslin aufgehoben worden.

Der Streik entstand, weil der Landbau auf die Anerkennung seiner Arbeitsnehmergruppe als Tarifkontrahent neben dem Deutschen Landarbeiterverband bestand. Die dadurch hervorgerufene Verzögerung, ja direkte Verhinderung der Tarifabschlüsse löste den berechtigten Unwillen der Landarbeiter aus und führte zur Arbeitsniederlegung.

Diese Streitfrage hat in ganz Pommern seit Anfang des Jahres den Abbruch von Tarifen in Frage gestellt.

Aus Anfechtungen verschiedener Führer des Pommerschen Landbundes geht hervor, daß man jeden Tarifabschluß in der Landwirtschaft abschaffen möchte, um wieder den alten Zustand des persönlichen, unkontrollierbaren Dienstvertrages herbeizuführen.

Der Ausgang des Streiks verbürgt keinen dauernden Frieden. Der am 21. Juni durch einen Schiedsspruch geschaffene Tarif bedroht die Arbeitnehmer nicht. Die Arbeitszeit des Vorjahres ist unzulässig auf 2900 Stunden verlängert worden. Der neben dem Deputat bewilligte Verlohn von 1400 M. pro Jahr für den Deputatarbeiter entspricht nicht den Verhältnisseverhältnissen. Bestimmungen über die Entlohnung der Freiarbeiter enthält der Tarif nicht. Ferner war eine Bezeichnung der Art und Menge der Feuerung im Tarif nicht vorgenommen.

Eine Revision des Tarifs wurde durch einen Schiedsspruch vom 8. Juli herbeigeführt.

Wesentliche Verbesserungen sind nicht erreicht worden.

Die Kreisgeneralversammlung am 11. Juli beauftragte die Verbandsleitung, eine nochmalige Verhandlung mit den Arbeitgebern anzubahnen, um vor Wiederaufnahme der Arbeit die noch strittigen Punkte: Rückwirkung der Feuerungszulage ab 1. April, Freisetzung des Deputats für die Streiftage, Bezahlung der Notstandsarbeiten und Vermeidung von Nachregelungen zu verhandeln.

Auf Einladung des Herrn Landrats waren die Arbeitgeber erschienen, lebten aber eine mündliche Verhandlung mit den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ab.

Nach dreistündiger Verhandlung mit dem Herrn Landrat und den Arbeitgebern wurde den Arbeitnehmern eine schriftliche Erklärung überreicht, in der von den anwesenden Arbeitgebern gesprochen wurde, auf Annahme des Schiedsspruches und Einholung der in ihm festgelegten Arbeitszeit hinzuwirken. Für die Streiftage sollte ferner Verlohn und Deputat zu den durch den Schiedsspruch festgelegten Sätzen abgezogen werden, dagegen soll auch für die Streiftage das Deputat in der durch Schiedsspruch festgesetzten Höhe in Natura oder soweit dies nicht mehr möglich sei (wie z. B. bei der Milch in Bat gewährt werden. Ein weiterer Punkt beschäftigt sich mit der Bezahlung der Notstandsarbeiten, und schließlich wurde ausgesprochen, daß die Arbeitsniederlegung in diesem speziellen Streikfall kein Kündigungsgrund sein solle.

Diese Erklärung ist in der Vollversammlung der Arbeitgeber am Mittwoch, den 14. Juli, gutgeheißen worden.

Zu weitere Fortschritte im Augenblick nicht zu erreichen waren, hat die Kreisgeneralversammlung den Streik aufgehoben. An den Arbeitgebern wird es hängen, ob die Streiktage begnadigt bleibt. Den pommerischen Landarbeitern rufen wir zu: Daltet Treue dem Deutschen Landarbeiterverband und kämpft seine Reihen!

## Ein Epizel als Abgeordneter?

Bremen, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die unabhängige „Bremser Arbeiterzeitung“ hat in letzter Zeit umfangreiche Enthüllungen über die Einflüsse von Epizeln auf das Volk Regiment in Bremen und Wilhelmshafen gemacht. Die Coupstrolche spielen, wie bereits mitgeteilt, die Lokspizeln in Schwärze. In zweiter Linie bedenkliche das unabhängige Blatt einen gewissen Wendelin Thomas der Unterführung der Lokspizeln. Dieser Thomas sei rechtzeitig aus Wilhelmshafen verdrängt worden. Wie sich nunmehr herausstellt, ist dieser Geselle der Epizeln der jetzige unabhängige Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas aus Augsburg. Das unabhängige Blatt dürfte über diese Entdeckung selbst überprüft sein.

## Rußland und Polen.

Kopenhagen, 17. Juli. Einem Telegramm aus Warschau zufolge weilt der polnische Generalkommandant im nördlichen Abschnitt haben die Polkschwärmer Smorgan und Dschimon (früher Wlins) besetzt. Der Kampf dauert an. Ostschwedische Angriffe nördlich von Luzl in der Richtung nach dem Aniole und in der Gegend von Kolow sind unter bedeutenden Verlusten für den Feind abgekehrt worden. Die heftigen Angriffe auf Luzl werden fortgesetzt. In der Gegend bei Dubna greift der Feind unzulässig an.

## Polen zum Frieden bereit.

Luxemburg, 17. Juli. „Evening News“ veröffentlicht ein aus Warschau eingetroffenes Telegramm, wonach der polnische Verteidigungsrat von Polen beschloß, das von Lord George's Vorstöße betreffend den Waffenstillstand als ersten Schritt eines Friedensschlusses anzunehmen.

## England mit West-Litowol nicht einverstanden.

Amsterdam, 17. Juli. Die „Times“ melden, daß die englische Regierung mit dem Vorschlag der Sowjetregierung, die Konferenzen zwischen England und den Randstaaten in Peking abzuhalten, nicht einverstanden ist.

## Drei Millionen Goldrubel für Litauen.

Kopenhagen, 17. Juli. Die „Berlingske Tidende“ aus Kopenhagen berichten, daß sich die Polkschwärmer in dem zwischen Litauen und Sowjetrußland abgeschlossenen Friedensvertrag, den Litauen eine Entschädigung von zusammen 3 Millionen Rubel in Gold zu bezahlen. Zwei Mitglieder der litauischen Friedensdelegation bleiben vorläufig in Kraslaw, um die Heimführung der litauischen Flüchtlinge zu regeln.

Kongress der K. P. D. Im kommenden Monat wird in Berlin der erste Reichskongress der neuen kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands stattfinden, zu dem Delegierte aus Mitteldeutschland, dem Ruhrgebiet und den Ostprovinzen erscheinen sollen. Der Kongress wird sich in erster Linie mit der kommunistischen Partei, dann aber auch mit den Tagesfragen beschäftigen.

# Oesterreichisch-russisches Abkommen über Bela Kun.

## Bela Kun entflohen.

Zwischen Sowjetrußland und Oesterreich ist ein Abkommen zwecks Rücktransports der beiderseitigen Kriegsgefangenen abgeschlossen worden. Das Abkommen sieht vor: Die Oesterreichische Regierung verpflichtet sich zur Neutralität im Krieg gegen Rußland und zum absoluten Verbot aller Waffen-, Munitions- und Kriegsgüterlieferungen durch Oesterreich mit seinen Verkehrsmitteln oder mit Verkehrsmitteln anderer Staaten. Weiter werden die Vertreter, die den Detransport beaufsichtigen, zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker beider Staaten durch Vollmachten ihrer Regierungen besonders ermächtigt. Am eigenartigsten ist aber die Bestimmung, nach der sich die oesterreichische Regierung verpflichtet, den in ihrem Land befindlichen Volkskommissären der ehemaligen ungarischen Regierung das Recht der Freizügigkeit zu gewähren und deren Abtransport nach Rußland mit allen zweckdienlichen Mitteln sobald als möglich zu fördern, da die russische Sowjetrepublik die flüchtigen ungarischen Volkskommissäre als einen Rußland verbundene Regierung betrachte. Um sich weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, schloß die oesterreichische Regierung Bela Kun und Genossen am 15. Juli mit einem russischen Kriegsgefangenenentransport ab. Der Transport kam auch glücklich nach Rußland an. Allerdings ohne die ungarischen Volkskommissäre. Man nimmt an, daß sie den Zug früher verlassen haben. Magaroch scheint ihre Sehnsucht nach Sowjetrußland also nicht zu sein.

# Groß-Berlin

## Gegen die Abholzung der Wälder.

Die Gemeinden Adlershof, Altglienicke, Berlin-Niederschöne-öffentlichung zu:

Die Gemeinden Adlershof, Altglienicke, Berlin-Niederschöne-Adlershof, Berlin-Johannisthal, Grünau und Bohnsdorf, vereint in ihrem Amtsausschuß, legen hiermit aufs schärfste Ver-mahnung gegen die sinnlose Abholzung der Wälder in ihrer Umgebung ein. Die Gründe, soweit diese bekannt sind: Schaffung von Siedlungsgelände und Ver-zugung mit Brennholz, können als stichhaltig nicht anerkannt werden, da baureifes Gelände an fertigen Stielen zur Genüge vorhanden ist und der Brennholzschlag anscheinend nur dazu dient, die hohen Holzpreise auszunutzen.

Wir bitten die Verwaltung von Berlin, sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um den Abholzung der Wälder zu verhindern.

Dazu bemerken wir, daß weder der Verband Groß-Berlin noch der Wohnungsvorstand an diesen Einschlüssen beteiligt und dafür verantwortlich ist. Der Wohnungsvorstand hat den von den östlichen Gemeinden gewünschten Einschlöß von Brennholz abgelehnt, weil er die Erhaltung der Waldflächen in der näheren Umgebung der Großstadt für eine hygienische Notwendigkeit hält.

Es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, wer die Einschlöß vornehmen läßt. Vielleicht wird das einmal Aufklärung geschaffen!

## Sicherheitspolizei und Arbeiterjugend.

Seit dem Jahre 1918 stehen der arbeitenden Jugend die wertigen Rasenplätze zu Verfügung. Das Bedürfnis, hier nach geistiger Arbeit der frohen Spiel, außerdem Sport einige Stunden zu verbringen, ist äußerst stark. Um so sonderbarer mutet es an, daß jetzt die Sicherheitspolizei (Revier Greifenshagenstr.) sich berufen fühlt, als Aufsichtsbehörde der Vordeputation sich aufzuspielen.

Auch in diesem Jahre stellt dem Verein „Arbeiterjugend“ die Rasenplätze des Rasenplatzes zur Verfügung. Leider muß aber ein beträchtlicher Teil der Spielzeit stets dazu demut werden, um die Wachmannschaften des obigen Reviers davon zu überzeugen, daß ihre Genehmigung zum Spielen nicht notwendig ist. Am gestrigen Tage zeigte sich nun, daß besonders eifrige Ordnungsbücher zur Stelle waren, welche das Spielen erst erlaubten, nachdem der Spielleiter, Jugendgenosse Kisch der zur Feststellung seiner Personkarten zum Revier mitgenommen worden war.

So etwas ist selbst unter der der Arbeiterjugend gewöhnlich unzulässig. Wir protestieren gegen diese Eingriffe der Sicherheitspolizei und fragen den Gen. Polizeipräsidenten Richter: „Hat die Sicherheitspolizei nicht wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als die erholungsbedürftige Jugend beim Spielen zu stören?“

Ein fester Jägerneffe, bei dem ein Jägerneffe von seinen Ständegemeinden niedergeschossen wurde, spielte sich heute früh in dem Jägerneffequartier Grüner Weg 11 in Reinickendorf ab. Der 23 Jahre alte aus Langenscheid gebürtige Karl Lauen-burger griff im Laufe des Streites zur Waffe und schoß seinen Gegner, den 30 Jahre alten aus Hefsen stammenden Müller und Händler Lauer Siegmund nieder. Dann ergriff er die Flucht und entkam. Der Schwerverletzte wurde nach der Charité gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Die Leiche wurde nach dem Schaulplatz gebracht. Der flüchtige Revolverheld wird von der Kriminal-polizei gesucht.

Eine Liebestragödie spielte sich in der vergangenen Nacht in einem Logis in der Querstraße ab. Dort waren der Maler Willi Pfeiffer aus der Frankfurter Allee zu Lichtenberg und seine Geliebte, die 18 Jahre alte Handmädchen Ida Walner aus der Bahnhofstr. 8 zu Lichtenberg abgestiegen, um gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Sie nahmen beide Gift, wurden jedoch noch lebend aufgefunden. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte Wiederbelebungsoberuche an, die bei dem jungen Manne auch Erfolg hatten, das Mädchen starb jedoch unter seinen Händen.

Das erste Luftschiff Berlin-Warnemünde ist am 15. mittags 1.30 Uhr in Johannisthal gestartet und jahresplanmäßig in Warnemünde eingetroffen.

Von Angehörigen der Garde-Schützen-Division ist im März 1919 der Schulpflichter Fritz Rixmann auf der Weisenbrücke erschossen, beraubt und in die Spree geworfen worden. Zweckdienliche Angaben etwaiger Zeugen erbeten an Rechtsanwalt Dr. Fren, Potsdamer Platz.

Neuflän. Die Kinderstippen und Säuglingsheime haben sich vor allem während der Kriegszeit als eine sehr wertvolle Einrichtung von großem wirtschaftlichen Wert erwiesen. Zahlreichen Müttern, die in diesen Jahren auf Brotwerb angewiesen waren, wurde die Möglichkeit geboten, ihrer gemobten Beschäftigung nachzugehen und dabei das Kind in besserer Verpflegung und Pflege untergebracht zu wissen. Die städtische Kinderstippe I in der Gannertstr. 42 weist im Jahre 1915 mit 9850 Kindern die bisher höchste Besetzungsziffer auf, um hierin bis auf 8279 im Jahre 1919 zurückzugehen. Diese verminderte Inanspruchnahme ist in erster Linie auf die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, wobei die Beschäftigung der Frau nach und nach in Kraft gekommen ist. Bei der Aufnahme werden vorzugsweise Kinder von Witwen und alleinstehenden Frauen berücksichtigt. Das tägliche Pflegegeld beträgt 50 Pf.

Zu 300 findet Sonntag von 5 Uhr nachmittags ab großes Konzert der Kapelle der Berliner Sicherheitswehr statt.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

## Morgen:

Buchholz, Badeausflug nach dem Garinsee. Treffpunkt bei Schröder, Hauptstr. 1/2 1/2 Uhr früh.

## Theater der Woche.

Vom 19. bis 25. Juli.

Vollst. Bühne: Bruder Martin. — Opernhaus: Schloffen. — Schauspielhaus: Die Grotte. — Deutsches Theater: Das Ding der Unmöglichkeit. — Theater d. L. Königgrüßener Straße: Das Geliebte. — Deutsches Opernhaus: Schloffen. — Schillertheater: Der ehemalige Leutnant. — Gr. Schauspielhaus: 13. bis 20. Juli. — 21. bis 25. Juli: Julius César.

Tägliche. Die Tribüne: Frenburg. — Deutsches Künstlertheater: Die bessere Hälfte. — Komödienhaus: Die Reise in die Wälder. — Berliner Theater: Der letzte Kaiser. — Neues Schauspielhaus: Die Nacht der Panik. — Trianon-Theater: Kaiserstr. — Reichstheater: Die Hölle. — Neues Zentraltheater: Die Dame im Hof. — Theater in der Alten Jakobstraße: Die verwandten Seelen. — Friedrich-Wilhelm-Theater: Marzipan. — Komische Oper: Die Frau im Dunst. — Schauspielhaus: Der ungarische Edelmann. — Schauspielhaus: Im weißen Rösch. — Neues Operettenhaus: Naturallibidinalisches Ballett. — Prinzessin-Friedrich-Theater: Die Lampion. — Theater am Kolonnenplatz: Eine Nacht im Paradies. — Theater des Westens: Der Habsburger. — Neues Theater: 18-20 Die Habsburger. — Ab 21. Juli: Der Fiskus. — Volkstheater: Die Internationale. — Hoftheater: Ein Walzertraum. — Lusttheater: Der gute Papa. — Ab 23. Juli: Das Festspiel des Berges. — Neues Volkstheater: Die drei Willige. — Helles Gaudium: Himmelsflügel.

Nachmittagsvorstellungen. Volkstheater: 17., 18., 21., 24. und 25. Die Habsburger. — Großes Schauspielhaus: 19. Juli. — 20. Juli: Julius César. — Trianon-Theater: 18. und 19. Der Sternensind. — Reichstheater: 19. und 20. Der gute Ruf. — Theater am Kolonnenplatz: 23. Das Goldmännchen.

# Sport.

## Ringkämpfe in Schöneberg.

Am Freitag rangen zuerst der Schöneberger Riese gegen Löwe, letzterer war geschnitten, sich ganz auf die Verteidigung zu legen, tat dies sehr geschickt, so daß der Kampf nach 20 Minuten abgebrochen werden mußte.

Beim darauffolgenden Kampf siegte Kaber nach 16 Minuten über Landau-Düsselhoff durch Ausschlagen mit Knie. Neuherr spannte war dann der Kampf Schwarz mit Rißler. Rißler verteidigte sich gegen den Weltmeister H. Schwarz so geschickt, daß der Kampf in 20 Minuten noch nicht entschieden werden konnte. Zum Schluß siegte Weltmeister Weber gegen Andriau insgesamt 44 Minuten durch Häufung. Heute wird zuerst der Kampf Löwe-Weber fortgesetzt. Außerdem ringen Heiber-Schwarz, Kaber-Kaner und Entscheidungslampf Hoch-Dauen gegen Pawliczek.

# Wirtschaft

## Regierungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

In der deutschen Textilindustrie nimmt die Arbeitslosigkeit rapide zu. Ganze Bezirke, in denen die Bevölkerung nur auf die Textilindustrie als Existenzquelle angewiesen ist, sind mit der Beschäftigung der Arbeiter am Ende. Beim Reichswirtschaftsministerium häufen sich die Notkreise täglich. Man erwartet von dort Hilfe durch Beschaffung von Arbeit.

Um diese Hilfe bringen zu können, hat das Reichswirtschaftsministerium mit der Reichsstelle für Textilwirtschaft die Beschäftigungsstellen der Reichsbehörden und Gliedstaaten sowie Zentralstellen privater Verbraucher zu einer Besprechung geladen, die am 16. Juli stattfand. Herr Staatssekretär Dr. Firsich führte einleitend aus, daß der Versuch gemacht werden solle, den kaufwichtigen Verbrauchern mit dem arbeitwilligen Erzeuger zwecks Abschluß von Warenverkäufen zusammenzubringen. Das Haupthindernis für den Abschluß von Warenverkäufen für spätere Lieferung bilde das Valuta-Risiko. Dieses Risiko müsse für solche Rotaufträge ausgeglichen werden. Die Vorbereitungen dafür seien im Gange. Es solle für diese Rotaufträge durch Einführung des Valuta-Terminhandels eine Ausversicherung geschaffen werden. Im übrigen ist die Sache so gedacht, daß in der Reichsstelle für Textilwirtschaft eine Vermittlungsstelle für notleidende gewerbliche Betriebe geschaffen werden soll. Diese Stelle soll solche Betriebe mit den Stellen in Verbindung bringen, die Rotaufträge vergeben wollen. Diesen Aufträgen steht dann der Schutz vor den Valutaforderungen zu. Die geschäftliche Abwicklung bleibt Sache der Firmen. Es fand eine längere Debatte statt, die damit endete, daß eine Kommission von Verbrauchern und Erzeugern zusammentreten wird, um die Sache spruchreif zu machen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Kriegstatistik der freien Gewerkschaften.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg über Deutschland urplötzlich hereinbrach, errichteten auch der Fortbestand der Gewerkschaften auf das ernsteste gefährdet. Hunderttausende der besten Mitglieder wurden den Verbänden durch die Einberufungen zum Heeresdienst entzogen und die urplötzlich eingetretene Unterbrechung des Erwerbslebens hatte eine Arbeitslosigkeit in solchem Umfang zur Folge, daß die Gewerkschaften den an sie gestellten finanziellen Anforderungen zu erliegen drohten. In diesen kritischen Tagen entstand bei den Verbänden der feste Wille, unter möglicher Anspannung an die außerordentlichen Verhältnisse die Gewerkschaftsorganisationen den Arbeitern über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Um eine Uebersicht über die Organisationsverhältnisse zu gewinnen, unternahm die Generalkommission bei den ihr angeschlossenen Zentralverbänden Feststellungen über „den Bestand der Mitglieder, die Zahl der Eingezogenen und Arbeitslosen sowie über die Ausgaben für Unterstützungen“. Die erste dieser Erhebungen erfolgte anfangs September 1914, die letzte schloß ab mit dem 30. September 1918. Wenige Wochen später kam der militärische Zusammenbruch, der zum Abschluß des Waffenstillstandes zwang. Bis zum Schluß des ersten Kriegsjahres konnten die Kriegstatistiken der Zentralverbände und anstandslos im Korrespondenzblatt veröffentlicht werden. Sodann verbot die Militärbehörde ihr weiteres Erscheinen. Die Zahlen der Eingezogenen und der Gefallenen sollten nicht mehr bekannt werden.

Nach Friedensschluß hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu entschlossen, mit Rücksicht auf den späteren historischen Wert der Erhebungen, die manchen Aufschluß über den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften bieten, das mit so vielem Fleiß und großer Mühe eingebrachte Material zusammenzufassen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die Veröffentlichung ist nunmehr in einer Beilage zu Nr. 28 des „Korrespondenzblattes“ erfolgt.

Vom Schluß des 2. Quartals 1914 bis zum 30. September 1918 waren den berichtenden Zentralverbänden 1 682 582 Mitglieder,



darunter 519 879 weibliche, beigefahren, dagegen werden für den gleichen Zeitraum wieder 1 256 441 Mitglieder, darunter 859 590 weibliche, als ausgeschieden angeführt. Unter Berücksichtigung der eingetretenen betrug der gesamte Mitgliederbestand während des Krieges 2 777 648 = 66,2 Proz. gegenüber dem Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals 1914 unter Hinzurechnung des Mitgliederzuzuganges. Die höchste prozentuale Verlustzahl weist die Erhebung vom 4. Quartal 1918 mit 69,9 auf. Dann tritt eine leichte Besserung ein.

#### Die Einberufungen zum Heeresdienst.

Von dem gesamten Mitgliederverlust kommen bis zum 8. Quartal 1918 1 412 887 Mitglieder = 83,7 Proz. auf die Einberufungen zum Heeresdienst, das ist etwa die Hälfte des Gesamtverlustes. Sicherlich ist diese Zahl noch höher, als sie zahlenmäßig ausgewiesen ist, da sich nicht alle eingezogenen Mitglieder ordnungsgemäß abmelden. Obgleich sich naturgemäß mit der längeren Dauer des Krieges die Zahl der Eingezogenen ständig erhöhen mußte, so senkt sich doch vom 30. Juni 1917 ab die prozentuale Zahl nicht unerheblich. Diese Erscheinung wird bedingt durch den mit Anfang des Jahres 1917 eingetretenen Mitgliederzuzug der Gewerkschaften; der Anteil der Einberufenen an der Verlustzahl wird dadurch vermindert. Dieser Anteil ist hier angegeben im Verhältnis zu den gesamten Mitgliedern einschließlich der weiblichen. Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich, wenn die Zahl der Einberufenen in Beziehung zu den männlichen Mitgliedern gesetzt wird. Diese Berechnungsmethode ist bei den einzelnen Erhebungen erfolgt und zeitigte folgendes Ergebnis:

Zum Heeresdienst waren einberufen: 30. Januar 1915: 34,1 Proz., 31. Juli 1915: 46,4 Proz., 31. Dezember 1915: 59,7 Proz., 30. Juni 1916: 61,5 Proz., 31. Dezember 1916: 64,1 Proz., 30. Juni 1917: 62,2 Proz., 31. Dezember 1917: 59,3 Proz. der männlichen Mitglieder.

Die prozentualen Zahlen lassen erkennen, in welchem gewaltigen Umfange die männliche deutsche Bevölkerung am Krieges teilgenommen hat. Und mit tiefer Erschütterung nehmen wir durch die trockenen Zahlen Kenntnis davon, daß von der Gesamtzahl der Eingezogenen am 30. September 1918: 129 585 Mitglieder = 9,2 Proz. in dem besten Lebensalter als Kriegesopfer auf den Schlachtfeldern gefallen oder in den Lazaretten verstorben sind. Ungeheuerliche Opfer an Menschenleben, wenn man sich diesen Todesanteil übertragen auf alle Eingezogenen zahlenmäßig vorstellt. Da mit dem 30. September 1918 die Todeszahl noch nicht abgeschlossen war, wird man annehmen können, daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als Kriegesopfer geblieben ist.

Die durch die Arbeitslosigkeit gemachten Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegsjahre. Die am Anfang September 1914 vorgenommene Erhebung verzeichnet

370 126 Arbeitslose = 21,2 Proz.

bei der der Berücksichtigung beteiligten Mitglieder. Die für diese Arbeitslosen aufgewendete Unterstützung betrug wöchentlich 1 648 120 M. Am 31. Oktober ist die Arbeitslosenzahl bereits auf 10,5 Proz. zurückgegangen. Ende Januar 1915 sind nur noch 6,6 Proz. der betrachteten Mitglieder arbeitslos und die Erhebung von Ende Juli weist mit 2,6 Proz. schon einen etwas geringeren Grad der Arbeitslosigkeit auf, als er in dem gleichen Monat 1913 und 1914 bestand. Die Arbeitslosenzahl sinkt nun fortgesetzt, mit einer geringen Abweichung im Dezember 1917, und stellt sich Ende September 1918 auf 0,8 Proz. Die anfängliche starke Arbeitslosigkeit schlug in den letzten Jahren um in eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften; die Kriegswirtschaft arbeitete mit fieberhafter Anstrengung, um den Bedarf des Krieges zu decken.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Stodung des Wirtschaftslebens hielt es die Reduzierung der Beiträge für unmöglich, doch während der Dauer des Krieges die sachgemäßen Unterstützungen im vollen Umfange weitergewährt werden könnten, wenn man nicht die Existenz der Gewerkschaften aufs Spiel setzen wollte. Allgemeine für alle Verbände gleich gültige Maßnahmen konnten jedoch bei der verschiedenen Gestaltung der Unterstützungsleistungen in den Verbänden und ihrer voneinander abweichenden Leistungsfähigkeit nicht durchgeführt werden. Diese zu treffen, mußte den einzelnen Verbänden überlassen bleiben.

Es verausgabten die Verbände vom Beginn des Krieges bis zum 30. September 1918

78,7 Millionen Mark für Unterstützungen aller Art.

Darvon entfielen 25,8 Millionen Mark auf Arbeitslosen- und 26,9 Millionen auf Familienunterstützung.

Ein lehrreicher Vergleich ergibt sich bei Berechnung des prozentualen Anteils der beiden Unterstützungen an der Gesamtsumme der Unterstützungen. Von 100 M. Gesamtunterstützung kamen am Schlusse des ersten Kriegesjahres 59 M. auf Arbeitslosen- und 28 M. auf Familienunterstützung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die erste 88 M. und auf die zweite 24 M.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsabschnitt ab. Es war die Zeit der organisatorischen Schulung der Arbeiterklasse zur wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten. Indem die Gewerkschaften in harten Kämpfen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß stritten, förderten sie den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats. Die Gewerkschaften bahnten damit der Arbeiterklasse den Weg zur wirtschaftlichen Macht, die sie besitzen muß, um eine planmäßige Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche herbeiführen zu können. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die Arbeiterklasse zu leisten, nachdem sie durch den Zu-

sammenbruch der autokratisch-militaristischen Einheitsverfassung Deutschlands viel früherzeitiger vor die Lösung sozialistischer Aufgaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung der Fall gewesen wäre. Man mag über die Entwicklung der Sozialisierung und die zu ihrer Weiterbetreibung zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Das eine steht wohl fest: die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft wird nunmehr in dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen.

#### Die Scharfmacher im Holzgewerbe.

Man schreibt uns: Alle Unternehmer, auch die des Möbelhandels und der Möbelindustrie, versuchen ihren Angestellten und Arbeitern immer klar zu machen, welches „Wohlfühlen“ sie für sie beugen. Klar zeigen jetzt die Unternehmer im Holzgewerbe, von welcher Art dieses „Wohlfühlen“ ist. 11 Monate haben sie in der Zeit der Hochkonjunktur den Abschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten hinausgezögert. Lohnsätze von 265 bis 1200 M. sind dort die Riesensummen, die gezahlt werden. Die Angestellten verlangen nun eine neue Regelung dieser Löhne ab 1. April, die Unternehmer im Holzgewerbe dagegen lehnen diese Regulierung ab. Nachdem sie die Uebergewinne eingeholt haben, streifen sie jetzt, daß sie vor dem Zusammenbruch des ganzen Gewerbes stehen. Der Schlichtungsausschuß, der angerufen wurde, sprach den Angestellten Lohnserhöhungen von 50 bis 60 Proz. zu. Die Holzgewerblichen Scharfmacher lehnen diesen Schiedsspruch ab, dem Beispiel ihrer Freunde von der Metallindustrie folgend. Ebenso verweigern sie die Teilnahme an jeder Ausgleichsverhandlung vor dem Demobilisierungskommissar. Der Demobilisierungskommissar soll den Schiedsspruch als verbindlich erklären, er lehnt dies ab. Interessant ist die Begründung hierfür: Nach der ständig von mir vertretenen Auffassung können Schiedssprüche, durch die eine tarifvertragliche Festsetzung von Gehältern erfolgt, nur dann für verbindlich erklärt werden, wenn die in dem Schiedsspruch getroffene Regelung der Billigkeit entspricht und wenn weiter ein solches verbindliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderlich ist.

Wir fragen: Hat der Demobilisierungskommissar nicht die Pflicht, durch eine behördliche Revision der Bücher in den verschiedenen Betrieben feststellen zu lassen, ob wirklich die Holzindustriellen und die Holzhändler vor dem Zusammenbruch stehen? Glaubt der Demobilisierungskommissar, daß ein Angehörter heute noch mit 265 M. monatlich auskommen kann?

Wir sind der Meinung, daß der Demobilisierungskommissar schließlich doch auch nicht nur noch formal juristischen Gesichtspunkten, sondern unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zusammenhänge urteilen müßte.

#### Die „Metallarbeiter-Zeitung“ zur selbständigen Räteorganisation.

Unter der Überschrift „Es ist vollbracht“ charakterisiert die von einem Unabhängigen redigierte „Metallarbeiter-Zeitung“ den Beschluß auf Schaffung einer selbständigen Räteorganisation wie folgt:

Die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte nahm nach einem Referat Richard Müllers eine Resolution an, die folgendermaßen beginnt: Die Generalversammlung der Betriebsräte hält an einer selbständigen Räteorganisation fest und beauftragt die Zentrale, sofort den Aufbau derselben zu vollenden. Dies ist ein Instanzenschluß, der nach der Auffassung der neuen Ueberorganisation volle Gültigkeit hat. Wir haben es nun in Zukunft mit Organisierten erster und zweiter Klasse zu tun, den Ueberorganisierten und den gewöhnlich Organisierten. So in die Ueberorganisation auch Räteorganisation aufgenommen werden, ist bis jetzt noch nicht erörtert. Der ganzen Aufmerksamkeit nach ist aber kaum daran zu zweifeln. Zu beachten ist, daß von dieser Seite bis heute ein Räteystem propagiert und gepredigt wurde, für dieses System sind wir voll und ganz eingetreten. Wir sehen in dem Räteystem das Herrschaftsinstrument des Proletariats für die Zukunft. Jetzt wird aber von dieser Seite die selbständige Räteorganisation, also der Zusammenschluß der von der Ueberorganisation gewählten Betriebsräte, der Vertrauensmänner der Masse, in einer besonderen Organisation gefordert. Eine unverantwortliche Fäulung von Konflikthoff wird damit geschaffen. Wir müssen dieser Wendung der Dinge unser volles Augenmerk schenken im Interesse der Allgemeinheit.

Als die „Metallarbeiter-Zeitung“ dies veröffentlichte, war ihr noch nichts von dem gleichen Beschluß der U. S. V. D.-Vertrauensleute bekannt. Hoffentlich unterzieht die nächste Nummer des Blattes auch diesen Instanzenschluß einer wohlverdienten Kritik.

#### Demonstrationsversammlung der Kraftfahrer und Automobilfahrer.

Die traurige Lage im Automobilwesen war Anlaß zu einer zahlreich besuchten Versammlung der Kraftfahrer, Automobilfahrer und Pflanzarbeiter, die zum Freitag gemeinschaftlich vom Transportarbeiterverband und Metallarbeiterverband nach dem Gewerkschaftshaus einberufen worden war. Reich vom Transportarbeiterverband hielt das erste Referat. Er betonte die außerordentlich starke Arbeitslosigkeit im Kraftfahrwesen. Nach einer neueren Feststellung seien jetzt, den Durchschnitt genommen, im Deutschen Reich 40 Proz. aller Kraftfahrer arbeitslos. In Berlin sei die Arbeitslosigkeit eine ganz enorme. Die Hauptgründe dafür seien die Sperrung der Automobilnummern durch das Reichsamt für das Kraftfahrwesen, die Betriebsstoffknappheit und die Teuerung der vorhandenen Betriebsstoffe. Trotz einer Herabsetzung des Preises seien die Preise der Betriebsstoffe doch noch so hoch, daß von einer Billigkeit des Rohrens keine Rede sein könne. Es bestände eine Verknappung an Motordrehrisfen. Im der traurigen Lage im Automobilwesen abzuheilen, habe man sich schon an die verflozene Koalitionregierung mit dem Antrage ge-

wandt, die Sperrung der Automobile und der Betriebsstoffe aufzuheben und die Kontrolle über die Verteilung vorübergehend und etwa aus dem Ausland hereinkommender Betriebsstoffe den Gewerkschaften zu überlassen. Die alte Regierung sei auch der Verteilung gewillt, doch die Zwangswirtschaft in der bestehenden Weise nicht mehr weitergeben könne und daß Hilfe notwendig sei. Sie habe auch gemeinsam mit uns Schritte schaffen wollen, wenn der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Vorschläge für die Einberufung mit einer Reihe großer Verbände seien dann auch der Regierung Richtlinien vorgeschlagen worden. Inzwischen seien die Reichstagswahlen und die jetzige Regierung gekommen und diese sei nicht mehr gewillt, eine Reorganisation im gewünschten Umfange herbeizuführen. Redner und die beteiligten gewerkschaftlichen Anwesenden seien der Meinung, daß sich die jetzige Zwangswirtschaft für das Automobilwesen überlebt habe und daß sie abgelöst werden müsse durch etwas Besseres. Möglich wäre es, daß wir vom Auslande noch gewisse Quantitäten solcher Betriebsstoffe herbeiführen könnten, die gemischt mit reinem hiesigen Benzol ein brauchbares Betriebsmittel abgeben. Für eine völlige freie Einfuhr dieser Stoffe könne man aus nahegelegenen Ländern, u. a. wegen der Befürchtung einer Vermehrung der Heranzommenden durch Kapitalistengruppen nicht sein, wohl aber zu fordern die Freigabe der Einfuhr mit der Maßgabe, daß alle Brennstoffe erzeugt würden durch eine noch zu schaffende Organisation aller Automobilinteressierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), etwa eines Zweckverbandes dieser Interessierten, der auch die Verteilung vorzunehmen hätte. Also Freigabe der Einfuhr an diesen Zweckverband durch diesen. Ferner Aufhebung der Automobilsperre (der Kammersperre). So könnte der Arbeitslosigkeit zu einem guten Teile abgeholfen werden.

Brandel vom Metallarbeiterverband sprach im Interesse der Automobilfahrer und Pflanzarbeiter der Autoindustrie. Nach dieser Industriegruppe sei ein Kräftefeld. Die Ueberorganisation und Schieber hätten allerdings Kriegs- und Revolutionsgewinn in Masse eingeholt. Jetzt aber, wo nach Steigen der Palate und der Aufstellung der Ausführgasse die Ausländer den Ausverkauf positiver Kraftfahrzeuge nicht mehr fortsetzen und wo demzufolge die Ziele der von ihnen eingeleiteten Riefengewinne die Unternehmer sich mit mäßigeren Gewinnen begnügen müßten, da schloß sie einfach die Betriebe. Die Arbeiter würden auf die Straße getrieben und könnten sehen, wie sie sich das halbe Jahr, auf daß die Unterhaltung beschränkt worden sei, mit der Arbeitslosenunterstützung durchhängerten. Und was werde dann? Die kapitalistische Wirtschaftsordnung habe abgemittelt, was selbst ein Kapitalist wie Rathenau einsehe. Redner vertrat dann dieselben Forderungen wie Reich, mit deren Durchführung mittelbar auch seinen Kollegen etwas geholfen werde.

Es folgte eine lebhaft diskutierte. Auch Kettig, der dem Reichsausschuß für das Luft- und Motorkraftfahrwesen angehört, nahm das Wort. Er glaubt, daß auch die neue Regierung, die allerdings in der angetragenen Reformfrage eine sehr abwartende Stellung einnehme, schließlich werde mit sich reden lassen, wenn ihr die von den Referenten vertretene Forderung vorliegt werde. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, in der gesagt wird:

Die von den bisherigen Regierungen im Interesse der Arbeiterklasse getroffenen Maßnahmen haben sich als wirkungslos und verfehlt erwiesen. Das ist hauptsächlich in der Brennstofffrage der Fall. Die beteiligten Interessengruppen wahren kapitalistische Interessen, und die Arbeiterklasse verliert dabei. Beweist die Schließung der Betriebe. Die Versammlung heißt die bisher getroffenen Maßnahmen der beteiligten Gewerkschaften gut und verlangt, daß sofort energetische Maßnahmen getroffen werden, das bestehende Benzolmonopol zu brechen und unbeschränkte Einfuhrmöglichkeiten zu schaffen, um die Autoindustrie mit ausreichenden Brennstoffen zu versorgen und dadurch die Arbeiterklasse vor Verelendung zu schützen, indem weitere Arbeitslosigkeit verhindert wird. Des weiteren verlangt die Versammlung, daß sofort alle Beschränkungen für den Automobilverkehr aufgehoben werden und die Zulassung von Kraftwagen nach der Bundesratsverordnung vom 8. Februar 1910 wieder in Kraft gesetzt wird. Die in Frage kommenden Gewerkschaftsinstanzen haben in einer demnächst stattzufindenden Versammlung Bericht zu erstatten über den Ausgang der getroffenen Maßnahmen.

#### Hungerlöhne der Musiker in Neuköllner Kinos.

Die Vereinigten Bühnen-Theater G. v. H. O. (Direktion Baum u. Pion), Städtische und Exzellenz-Theater, Bergstraße; Stern-Theater, Hermannstraße; Rudolf-Theater, Kottbuser Damm, zahlen ihren Musikern noch immer den im Oktober 1918 festgesetzten Tariflohn von 20 M. täglich. Von dem übrigen Lohn gehen ab pro Tag an Krankenkassenbeiträgen 1 M., für Instrumentenabnutzung und Materialverlusten 3 M., Fahrlohn 1,46 M., 10 Proz. Steuern 2 M., so daß nur 12,80 M. zum Leben des Musikers und seiner Familie übrig bleiben. Die Unternehmer haben jeden Widerstand der Schlichter zu brechen, indem sie die Inspektion mit Beamten und sonstigen Nebenberuflichen zu durchsetzen suchen; das ist gegen die Verordnung der Demobilisierungskommission vom 26. April 1920. Arbeiter und Arbeiterfrauen, mößt ihr diese Ausnahmemaßnahmen mit euren teuer verdienten Groschen bereichern, ohne daß den Angestellten die notwendige Existenz gesichert ist? Die Musiker, die trotz ihrer sozialen Bedrängnis ausschließlich die Neuköllner Kinosbesucher durch ihre musikalischen Leistungen erfreuen, rechnen auf eure Solidarität, wenn diese Kinosunternehmer kein soziales Verständnis für die Notlage ihrer Musiker zeigen sollten.

Deutscher Musiker-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Angestellte des Elektro-Großhandels.

Der Tarifvertrag ist abgeschlossen, die Gehaltsfrage der Jugendlichen durch einen Schiedsspruch vom 14. Juli geregelt. Tarifverträge sind im Krisenbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin S.W., Besenbinderstraße 7/10, zu haben.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Heide, Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. v. H. O., Berlin; Druck: Hermanns-Verlag G. v. H. O., Berlin; Anzeigen: Hermanns-Verlag G. v. H. O., Berlin.

#### Verkäufe

Geheuer und Armentz  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Möbel

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Musikinstrumente

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Kaufgesuche

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Unterricht

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Verkauf

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Verkauf

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.

#### Verschiedenes

Wohlmöbeln, auch Teilung  
Hofstr. 20, Berlin, S.W.